



Friedhofsgebührenordnung (FGO)

**für den Friedhof
der Ev.-luth. Kirchengemeinde Woquard**

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) und § 23 der Friedhofsordnung hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Woquard für den Friedhof in Woquard am 04.05.2021 folgende Friedhofsgebührenordnung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen der Friedhofsverwaltung werden Gebühren nach dieser Gebührenordnung erhoben.

§ 2

Gebührensschuldner

(1) Gebührensschuldner der Benutzungsgebühr ist

1. wer die Bestattung oder sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Ordnung beantragt oder durch ihm zurechenbares Verhalten ausgelöst hat,
2. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
3. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Gebührensschuldner der Verwaltungsgebühr ist

1. wer die Verwaltungshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
2. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(3) Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 3

Entstehen der Gebührenschuld

(1) Bei Grabnutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld bereits mit der Begründung des Nutzungsrechtes für die gesamte Nutzungsdauer der Grabstätte oder bereits mit der Verlängerung des Nutzungsrechtes für den Zeitraum der gesamten Verlängerung der Grabstätte.

(2) Bei sonstigen Benutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der jeweiligen gebührenpflichtigen Leistung.

(3) Bei Verwaltungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Vornahme der Verwaltungshandlung.

§ 4

Festsetzung und Fälligkeit

(1) Die Heranziehung zu Gebühren erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

(2) Die Friedhofsverwaltung kann die Benutzung des Friedhofes untersagen und Leistungen verweigern, sofern ausstehende Gebühren nicht entrichtet worden sind oder eine entsprechende Sicherheit nicht geleistet ist.

(3) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 5

Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren

(1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.

(2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch den Gebührenschuldner oder die Gebührenschuldnerin zu erstatten.

(3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat der Vollstreckungsschuldner oder die Vollstreckungsschuldnerin zu tragen.

§ 6

Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Wahlgrabstätte | |
| a) für 30 Jahre - je Grabstelle -: | 330,00 € |
| b) für jedes Jahr der Verlängerung - je Grabstelle-: | 11,00 € |
| 2. Wahlgrabstätte im Gemeinschaftsgrabfeld (inkl. FUG und Pflegepauschale) | |
| a) für 30 Jahre - je Grabstelle -: | 1875,00 € |
| b) für jedes Jahr der Verlängerung - je Grabstelle-: | 62,50 € |
| c) zzgl. Grabplatte - je Grabstelle | 75,00 € |
| 3. Urnenwahlgrabstätte | |
| a) für 30 Jahre - je Grabstelle -: | 230,00 € |
| b) für jedes Jahr der Verlängerung - je Grabstelle-: | 7,67 € |
| 4. Urnenwahlgrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld (inkl. FUG und Pflegepauschale) | |
| a) für 30 Jahre - je Grabstelle -: | 1325,00 € |
| b) für jedes Jahr der Verlängerung - je Grabstelle-: | 44,17 € |
| c) zzgl. Grabplatte - je Grabstelle-: | 75,00 € |
| 5. Zusätzliche Bestattung einer Urne in einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstätte gemäß § 11 Abs. 6 der Friedhofsordnung:
-eine Gebühr gemäß Nummer 6 zur Anpassung an die neue Ruhezeit | |
| 6. Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung von Nutzungsrechten (gem. § 12 Abs. 2 Friedhofsordnung) ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht verlängert wird, 1/30 der Gebühren nach Nummern 1, 2, 3 und 4 zu entrichten. | |

Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren möglich.

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechtes wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

II. Gebühren für die Bestattung:

- | | |
|---|----------|
| 1. Das Ausheben und Verfüllen der Gruft ist privatrechtlich geregelt. | entfällt |
| 2. Kranzabfuhr je Grabstelle | entfällt |

III. Friedhofsunterhaltungsgebühr

Pro Grabstelle – je Jahr	21,50 €
--------------------------	---------

IV. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer:

- | | |
|---|----------|
| 1. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer | 145,00 € |
|---|----------|

V. Sonstige Gebühren

1. Ausgleichsgebühr für Pflegeaufwendungen:

a) Wahlgrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld 30,00 €

b) Urnenwahlgrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld 15,00 €

2. Abräumgebühr je Grabstelle (Ersatzvornahme § 25 II FO) 150,00 €

§ 7

Leistungen, für die kein Gebührentarif vorgesehen ist, werden von der Friedhofsverwaltung nach dem jeweiligen Aufwand berechnet.

§ 8

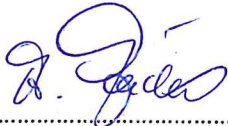
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Friedhofsgebührenordnung tritt nach ihrer Genehmigung am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

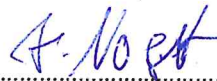
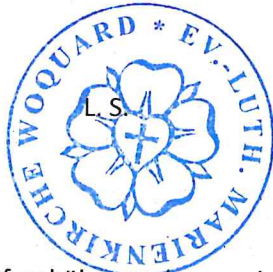
(2) Mit Inkrafttreten dieser Friedhofsgebührenordnung tritt die Friedhofsgebührenordnung in der Fassung vom 17.12.2008 außer Kraft.

Woquard, den 4.5.2021

Der Kirchenvorstand:



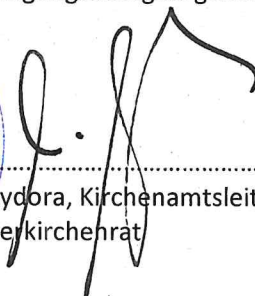
.....
Vorsitzende/r stellv. Vorsitzende/r



.....
weiteres Mitglied des Kirchenvorstandes

Die vorstehende Friedhofsgebührenordnung wird hiermit gemäß § 66 Abs. 1 Nr. 6 und Abs. 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung, in Verbindung mit dem Beschluss des Kirchenkreisvorstandes Emden-Leer vom 08. Februar 2019 zur Übertragung dieser Genehmigungsbefugnis genehmigt.

Leer, den 12/5/21



.....
(Wydora, Kirchenamtsleiter)
Oberkirchenrat